

# UND WER SCHÜTZT DIE FREIHEIT?

Verbot einer linken Nachrichtenplattform, digitale Gesichtserkennung im öffentlichen Raum, ein ausufernder „Gefährderbegriff“ – dies sind einige der aktuellen Formen neuer staatlicher Freiheitseinschränkungen.

Eingebettet in einen verstärkten Sicherheitsdiskurs wird eine linke Nachrichtenplattform unter dem Deckmantel des Vereinsgesetzes verboten, ein Pilotprojekt der Gesichtserkennung am Bahnhof Südkreuz erprobt und das juristisch schwammige Konstrukt eines „Gefährders“ von der öffentlichen Debatte in Gesetzestexte übernommen. Solche Freiheitseinschränkungen werden kaum noch öffentlich diskutiert und entweder als gerechtfertigt oder

nur als Probleme einzelner Gruppen wahrgenommen. Letztlich sind es aber Präzedenzfälle, die, sobald gesellschaftlich normalisiert, Freiheiten aller deutlich einschränken könnten. Man denke an mögliche Verbote von Blogs und Websites auf Grundlage des Vereinsgesetzes, flächendeckende Gesichtserkennung auf öffentlichen Plätzen oder rechtlich kaum kontrollierbare Maßnahmen der Polizei. Wie sind diese Entwicklungen juristisch zu bewerten und gesellschaftlich einzuordnen?

Diese Fragen wollen wir gemeinsam mit Euch sowie Jurist\*innen, zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen und Aktivist\*innen diskutieren.